

Martin Janssen

em. Finanzprofessor*



Schiefer Vorschlag des Bundesrats

Der Versuch des Bundesrats, die schief liegende staatliche Altersvorsorge neu auszurichten, ist grundsätzlich positiv zu werten. Ich hätte jedoch erwartet, dass er die Probleme ohne Beschönigung darstellt und Lösungsvarianten dafür präsentiert, wie die Situation zu retten ist.

Der Bundesrat macht es sich einfach: Er spricht von der laufenden Rechnung der AHV, die er ausgleichen will; verschweigt aber, dass wir während 20 Jahren die Beiträge verdoppeln müssten, um die impliziten AHV-Schulden abzutragen. Er thematisiert nicht, dass die Einwanderung die laufende Rechnung zwar verbessert, die Schulden aber weiter ansteigen lässt. Bei der zweiten

«**Die Enteignung der Jungen wird weitergehen**»

Säule verschweigt er, dass der korrekte Umwandlungssatz nicht bei sechs, sondern vier Prozent pro Jahr liegen müsste. Die Enteignung der Jungen zugunsten der Rentner wird auch nach der Reform weitergehen.

Was ich am meisten vermisse, sind Lösungsvarianten. Es gibt nicht nur den sozialistischen Weg über höhere Steuern, Abgaben und AHV-Renten. Es geht vielmehr um die Erarbeitung einer Vorsorgestrategie, um das Lebenseinkommen zu erhöhen und besser auf die Lebensabschnitte aufzuteilen. Es braucht weniger staatliche Massnahmen und weniger Steuern, die das Wachstum und die Entstehung neuer Arbeitsplätze behindern.

***Martin Janssen ist Gründer der Firma Ecofin, die auch Pensionskassen berät.**